

Gesetzesbeschwerde an den VfGH

Im Zusammenhang mit der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit wurden auch die politischen Pläne für eine Gesetzesbeschwerde in gerichtlichen Zivil- und Strafverfahren an den VfGH wiederum aktualisiert.

Die Landesvertretungen sprechen sich in Übereinstimmung mit dem OGH gegen diesen Plan aus.

In Schreiben an Frau BM Heinish-Hosek, sowie an die Obleute des Verfassungs- und des Justizausschusses und an die Klubobleute der Parlamentsparteien haben die Landesvertretungen diese Ablehnung zum Ausdruck gebracht.

Schreiben an BM Heinish-Hosek